

# iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 652

Mittwoch, 21. März 2018

25. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Der 8. März im Angesicht von Gewalt.....	1
Internationales Forum „Indigene Frauen: Leben gestaltend, Kultur schaffend“.....	2
GAM: Der Staat gibt gerade mal 0,01 % des BIP für Frauenpolitik aus.....	2
Frauen auf den Strassen fordern ihre Rechte ein.....	3
Der JournalistInnenverband zum Internationalen Frauentag.....	4
Kongress: Diskussion über das Delikt „illegale Wahlkampffinanzierung“.....	4
BürgerInnen besetzen den Kongress und protestieren damit gegen einige Gesetze.....	5
RichterInnen gegen Ermittlungen von MP und CICIG in eigenen Reihen.....	5
Educate! Die Kolumne von Domi Ortiz Matias: Eltern und die Bildung ihrer Kinder.....	5

## Editorial

*Dieses Heft steht im Zeichen des Internationalen Frauentag – beginnend mit der Kolumne eines Mannes, der seit an Seit mit Frauen und Männern an den Demonstrationen teilgenommen hat. Es folgen Berichte über die Demonstrationen in der Hauptstadt, die Klagen von sozialen Bewegungen über die mangelnde Finanzierung von Frauenprojekten durch die Regierung, die Behandlung der Frauenthematik in der Presse bzw. die Unterdrückung der Pressefreiheit in Guatemala und schliesslich über ein Internationales Forum indigener Frauen.*

*Der Kongress versucht mal wieder, die illegale Finanzierung der Parteien zu legalisieren – wogegen (nein, nicht nur deswegen) DemonstrantInnen lautstark protestierten und den Kongress zeitweise besetzten.*

*Die ‚alte‘ Justiz der Eliten scheint mehr denn je aufgeschreckt zu sein von den Ermittlungen und Verurteilungen gegen RichterInnen, die sich als käuflich erwiesen hatten. Staatsanwaltschaft und CICIG sollten über ihre Ermittlungen nicht mehr öffentlich kommunizieren, es sei denn die Schuld der Beschuldigten sei gerichtlich erwiesen.*

*Schließlich hat die Lehrerin aus dem Petén, Domi Ortiz Matías, einen Text über die Beteiligung (oder Nicht-Beteiligung) der Eltern an der Bildung ihrer Kinder geschrieben.*

## Der 8. März im Angesicht von Gewalt

Guatemala, 8. März - Raúl Molina

Ich bin gemeinsam mit Frauen und Männern auf die Strasse gegangen, um an den Internationalen Frauentag zu erinnern. Wir waren viele, vielleicht 10.000, wir hätten 100.000 sein sollen, weil die Gleichberechtigung der Geschlechter noch immer weit entfernt liegt in diesem „failed state“, das sich in eine Neokolonie der USA verwandelt hat.

Es gibt verschiedene Ursachen für diesen Mangel an MitsreiterInnen: Enttäuschung, knappe Ressourcen, zu viel Arbeit – und obendrein Furcht – hervorgerufen durch das Foto von Präsident Jimmy Morales mit Aufstandsbekämpfenden Militärs, nachdem diese von einem Einsatz im Inneren zurückkehrten. (...)

Die Enttäuschung kommt von der anhaltenden Gewalt, die von herrschenden Eliten angestachelt wird, um ihre Gesetze und Repression rechtfertigen zu können – und um die Militärs auf die Strassen lassen zu dürfen. (...)

Was wirklich deprimierend ist, ist, dass die Gewalt in einer steigenden Spirale weitergeht, besonders durch Angriffe auf

Frauen. Die Frauenmorde gehen in diesem Land immer weiter, obwohl die sozialen Bewegungen grosse Anstrengungen unternehmen, diese zu stoppen. Die Mächtigen sind die wahren „TerroristInnen“ und sie glauben, dass die Gewalt gegen Frauen deren Schrei nach Menschenrechten und Entschädigungen lähmen würden.

Verschiedene Gruppen und Personen haben die Notwendigkeit benannt, dieser Gewalt gegen Frauen und Kindern entschieden entgegenzutreten. Die Erziehung spielt dabei eine entscheidende Rolle – sowohl in der Familie als auch in den Kirchen und der Schule, auch wenn wir wissen, dass das erst mittelfristig Wirkung zeigen wird. Wichtig sind auch die Medien, die durch ständige Anklagen und die Berichte über zivilgesellschaftliche Organisationen eine ganz unmittelbare Wirkung hervorrufen können.

Und schliesslich werden heutzutage die Menschenrechtsbüros (PDH), die MenschenrechtsverteidigerInnen, die Kirchen und die Universitäten eine immer grössere Rolle spielen müssen. Jede Initiative, die die Gewalt als Instrument zur Konfliktbearbeitung verhindert, ist wichtig. Die Mechanismen des Dialogs müssen die Gewalt zwischen Konfliktparteien ausser Kraft setzen: die Gewalt des sozialen und wirtschaftlichen Systems, das die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung marginalisiert; die Gewalt zwischen Jugendlichen, die nicht mehr gelernt haben, als durch Aggression auf die Unterdrückungen des Systems zu reagieren; die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen jene, die die etablierte Ordnung hinterfragen. Die Französische Revolution haben keine GaunerInnen gemacht, sondern desillusionierte Menschen, die von der Gewalt und dem Machtmissbrauch der dominanten Klasse genug hatten.

Entschärfen wir die Zeitbomben, die ihrer Explosion immer näher kommen! (La Hora)

### **Internationales Forum „Indigene Frauen: Leben gestaltend, Kultur schaffend“**

**Guatemala, 12. März** - Das internationale Forum „Indigene Frauen: Leben gestaltend, Kultur schaffend“ sprach die Sorgen an, wie ein wirtschaftliches Empowerment der Frauen in den indigenen Gemeinden vorangebracht werden könnte. In der Veranstaltung erinnerten die Teilnehmerinnen an ihre traditionellen Fähigkeiten, etwa in der Weberei, die sie nutzen könnten, um die geringe Teilhabe der Frauen an den Entscheidungen im Land voranzubringen.

Adriana Quiñones, die Repräsentantin der UN-Frauenorganisation, betonte, dass die indigenen Frauen über ihre Rechte aufgeklärt werden müssten, die ihnen die internationale Konventionen und die lokalen Gesetze zubilligen, damit eine Kultur entstehe, die diese auch einfordert.

Nadia Sandoval, die als Vertreterin der Obersten Wahlbehörde (TSE) an der Veranstaltung teilnahm, rief zu einer höheren Beteiligung der indigenen Frauen in den politischen Parteien auf, um eine echte Demokratie zu erreichen. „Wir dürfen nicht von Demokratie reden, ohne auf die Stimme der Frauen in den politischen Parteien zu hören“, sagte sie.

Cleotilde Vásquez von der politischen Organisation der Mayafrauen „Moloj“ sagte, dass es notwendig sei, dass die vielen Konventionen erfüllt werden, um die klaffende Wunde der Armut zu schliessen, die die meisten indigenen Frauen erfahren müssten. Ihre Organisation „Moloj“ arbeite an einem Gesetzesentwurf, der ein Urheberrecht für traditionelle Motive und Muster einführen wolle. Viele dieser Motive und Muster würden geraubt und man könne diese Teile traditioneller Kleidung überall im Ausland antreffen.

Jane Naini, die dem kenianischen Volk der Samburu angehört, berichtete von ähnlichen Problemen: so seien die typischen Trachten ihrer Gemeinschaft von DesignerInnen in den grossen Städten kopiert worden, ohne dass die Erlöse in die Gemeinden zurückflössen und dort die Armut lindern könnten.

Amalia Tum, eine Maya-Priesterin, die in ihren eigenen Worten, „mit der Kraft des Heilens beschenkt worden sei“, war verantwortlich für die Gebete zu Anfang und am Ende der Veranstaltung. Bevor sie diese beendet hatte, richtete sie einige Worte an die Repräsentantin der UN-Frauenorganisation, Adriana Quiñones, und bat sie, den Gebrauch von Empfängnisverhütungsmitteln mit den Mitteln der Maya-Weltsicht zu verbessern, da noch immer „verschwiegene Krankheiten“ vorhanden seien, die durch die Einnahme von Empfängnisverhütungsmitteln verursacht werden, die indigene Frauen traditionell nehmen, um eine Schwangerschaft zu vermeiden. (El Periódico)

### **GAM: Der Staat gibt gerade mal 0,01 % des BIP für Frauenpolitik aus**

**Guatemala, 9. März** - Nach einem Bericht der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) hat der Staat nur 0,01 % des Bruttoinlandsprodukts für frauenpolitische Belange ausgegeben. Der vom Finanzministerium erstellte Haushalt 2018 hat knapp 353 Millionen Quetzales (38,3 Mio. Euro) für Frauenpolitik ausgewiesen, das entspricht etwa 0,46 % des Gesamthaushalts. GAM wies auf 21 Regierungsprogramme hin, die die Lage der Frauen verbessern sollen, die jedoch über keinerlei Ressourcen für die Umsetzung verfügten. Das zeige, dass Frauenpolitik nicht zu den Prioritäten dieser Regierung zähle. Die Organisation zeigte sich besorgt über die feindlichen Bedingungen, denen sich Frauen in diesem Land gegenübersehen: der Ausgrenzung, der Gewalt, der Ausbeutung. In den ersten Monaten seien mindestens 134 Frauen an den Folgen von Gewalt verstorben – Todesfälle, die durch grössere Investitionen für Frauenbelange reduziert werden könnten. (Cerigua)

## Frauen auf den Strassen fordern ihre Rechte ein

**Guatemala, 8. März** – Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft und Frauengruppen haben heute einen Demonstrationzug zur Erinnerung an den Internationalen Frauentag durchgeführt. Dabei forderten sie die Einhaltung ihrer Rechte und verurteilten die wachsende Gewalt gegen Frauen. Auf der Wegstrecke erinnerten sie auch an den Jahrestag des Brandes in dem staatlichen Waisenhaus „Virgen de la Asunción“, bei dem 41 Mädchen qualvoll verbrannten und weitere 15 schwer verletzt wurden, und forderten, die Schuldigen für das Geschehen zu bestrafen.

Der Demonstrationzug begann vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ), auf dem die Frauen, die Opfer der systematischen Vergewaltigungen in der Kaserne Sepur Zarco geworden waren, ebenso sprachen wie die Familienangehörigen von Marco Antonio Molina Theisen, dem Opfer des Verschwindenlassens, ein Fall, der aktuell vor Gericht verhandelt wird. Die meisten Parolen und Transparente forderten Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Zugang zu Gesundheit und vieles mehr. Der Zug der Frauen durchzog die sechste Avenida der Zone 1 Richtung Platz der Verfassung, wo den 41 toten Mädchen von „Seguro Virgen de la Asunción“ gedacht wurde. An dem Marsch nahmen auch RepräsentantInnen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, die Vereinigung der UniversitätsstudentInnen (AEU) der Universität San Carlos, die BürgerInnenaktion (AC), die Bewegung der indigenen Frauen, die Organisation „Frauen verändern die Welt“ und die Koordination 8. März teil. Letztere führten die Bewegung an.

Paula Barrios von „Frauen verändern die Welt“ bekräftigte ihre Sorge über die hohen Zahlen der sexuellen Gewalt gegen Frauen, vor allem Mädchen und Heranwachsenden und dass sich die Gesellschaft offenbar an die Zahl der schwangeren Minderjährigen und erzwungenen Mutterschaft gewöhnt habe. „Das sind Bedingungen, die uns mit Sorge erfüllen müssen, wenn Kinder von 9 oder 10 Jahren bereits mit einer Mutterschaft konfrontiert sind ... ohne, dass es eine Politik gäbe, die garantiert, dass sie weiter zur Schule gehen und ihre Träumen und Zielen folgen können“, sagte sie. Über den Fall des Waisenhauses, in dem die Organisation Nebenklägerin ist, sagte Barrios, dass sie mit Sorge die mangelnde politische Aufarbeitung und die fehlende Hilfe für Mädchen und Heranwachsende beobachte.

Lenina García, die Generalsekretärin der AEU, wies darauf hin, dass sie als StudentInnenorganisation gerne an diesen weltweit stattfindenden Aktionen zum Frauentag teilnehme. Auch sie erklärte ihre Abscheu gegenüber der Tragödie im Waisenhaus „Seguro Hogar Virgen de la Asunción.“ Wir glauben, dass dieses Ereignis nicht straffrei bleiben darf. Zugleich zeigt es den Grad der staatlichen Vernachlässigung und mangelnden Schutz gegenüber Mädchen und Heranwachsenden“, erklärte Lenina García. Daneben forderte sie Verbesserungen bei der Gleichberechtigung im öffentlichen und privaten Raum und ein Ende der Verletzungen der Arbeits- und Wirtschaftsrechte der Frauen und ein Ende der Anklage auf deren Würde.

### Forderung an den Staat, für die Belange der Mädchen und Heranwachsenden einzutreten

Das Netzwerk der Jungen und Mädchen und der Runde Tisch für die Belange der Mädchen und Heranwachsenden forderten alle drei Gewalten dazu auf, in Erinnerung an den Internationalen Frauentag und die Tragödie im Waisenhaus vor einem Jahr für die Rechte der Mädchen und Heranwachsenden einzutreten. Auch wenn der Staat immer wieder Verbesserungen der Situation in Aussicht stellt, stellen die Organisationen fest, dass dieses Ziel dann in den politischen Agenden der staatlichen Institutionen nicht mehr vorkommt.

### StaatsanwältInnen zeigen sich solidarisch mit dem international ausgerufenen Streik der Frauen

Zur Erinnerung an den Internationalen Frauentag, haben MitarbeiterInnen der Staatsanwaltschaft (MP) sich heute dem Internationalen Streik der Frauen angeschlossen. Dies war ihre Antwort auf die vorhandene Gewalt gegen Frauen. Der Internationale Streik der Frauen wurde 2016 als eine Initiative gestartet, mit der auf die Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen hingewiesen werden soll. *(Allein in Spanien haben sich über 5 Mio. Frauen an der Aktion beteiligt, d.Red.)*

### Ehrendes Andenken für Doña Chonita

Anlässlich des Internationalen Frauentags ehrte die Polizei (PNC) heute Concepción Ramírez Mendoza, besser bekannt als „Doña Chonita“, die heute 76 Jahre alt wurde. Das Bild von Doña Chonita, die aus Santiago Atitlán, Sololá stammt, ist auf der 25-Centavo-Münze zu sehen. (La Hora)

Nachtrag: Doña Chonita war 1959 als Repräsentantin des „perfekten guatemaltekischen Gesichts“ ausgesucht und dadurch bekannt geworden. Sie galt auch als Repräsentantin der Tz'utujil. Im Februar 2018 beschloss der Kongress, ihr monatlich 5.000 Quetzales Rente zu gewähren. Von ihr stammt der Satz: „Ich bin eine einfache Frau, die mit ihren Kindern gekämpft hat, bis ich meinen Mann verloren habe. Ich möchte, dass Sie wissen, dass wir Frauen hohe moralische Werte haben, weshalb ich Sie bitte, dass wir weiter gemeinsam für unser Leben kämpfen.“ (d.Red.)

## Der JournalistInnenverband zum Internationalen Frauentag

**Guatemala, 8. März** – Die Frauen seien der Grundfeiler der Familie und erlitten dennoch Erniedrigungen, Ausbeutung und Ausschluss von der Macht, schrieb die Vereinigung der JournalistInnen Guatemalas (APG) in ihrer Erklärung zum Internationalen Frauentag.

Der Verband erklärte, dass es auf dem Papier eine Politik gebe, „die Frauen fördern und staatliche Pläne, ihre gleichberechtigte Teilhabe herbeizuführen“, aber die Verfolgung, Ausbeutung im Arbeitsleben und soziale Vernachlässigung der Frauen gehe unvermindert weiter. „Wir fordern ein Ende der Verbrechen und Morde an Frauen, die sofortige Aufklärung der Tode von hunderten Frauen, die Opfer der fortgesetzten Barbarei geworden sind. Wir erwarten von Polizei und Staatsanwaltschaft die Verhaftung und dass diese Kriminellen vor Gericht gebracht werden“, heisst es in der Mitteilung. Die APG und ihre Frauenkommission erinnern weiterhin daran, dass der Tag den arbeitenden Frauen gewidmet sei, die ihr Schicksal und das ihrer Kinder mit Beharrlichkeit, mit starkem Glauben an ihre Kampf- und Arbeitskraft schmieden. Er ist auch den Bäuerinnen gewidmet, den Hausfrauen wie jener, die die Grenzen überschritten haben und nun Funktionärinnen, Verwaltungskraft, Professorin oder Politikerin sind.

Paradoxerweise erinnert uns das Massaker der 130 in einer Fabrik eingeschlossenen Frauen in New York (1857 – *laut Wikipedia ein Mythos, d. Red.*) an die Arbeitsrechte, etwa an den Achtstundentag, gleiche Löhne – und an die Ereignisse vor genau einem Jahr, als 41 Heranwachsenden bei einem Brand in einem verschlossenen Haus starben („Hogar Seguro Virgen de la Asunción“).

Trotz der Versprechungen der Abgeordneten und Sektoren, bleibt der Vorgang undurchsichtig und deshalb bleibt die Forderung an den guatemaltekischen Staat, nichts unversucht zu lassen, sodass der Vorfall niemals vergessen wird. (Cerigua)

## Kongress: Diskussion über das Delikt „illegale Wahlkampffinanzierung“

**Guatemala, 13. März** - Im Februar 2018 hat das Verfassungsgericht Guatemalas (CC) den Kongress angewiesen, den zweiten Absatz des Artikels 407 des Strafrechts zu verändern, da sie der Ansicht waren, dass die darin für das Delikt der illegalen Wahlkampffinanzierung genannten Strafen nicht ausreichend definiert worden seien.

Nun diskutierte der Kongress über die Bildung einer ausserordentlichen Kommission, der diese Reform beraten soll, und vereinbarte, die Staatsanwaltschaft (MP), die Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) und die Generalsekretäre der politischen Parteien zu einem solchen Kommissionsgespräch einzuladen.

Während der Diskussion im Ausschuss sagte der Abgeordnete Manuel Conde von der Partei für nationalen Fortschritt (PAN), dass das Verfassungsgericht jenen Abgeordneten Recht gegeben habe, die versucht hatten, im September letzten Jahres das Strafrecht zu reformieren – jene Gruppe, die in den Medien als „Pakt der Korrupten“ bezeichnet wurden.

„Die Reform dieses Absatzes, die wir im vergangenen Jahr versucht haben, durchzusetzen, war politisch richtig, sie als nationalen Notfall darzustellen, war hingegen ein Fehler. Aber vor dem Hintergrund hat uns das Urteil des CC grundsätzlich Recht gegeben“, meinte Conde.

Der Abgeordnete Oscar Argueta von der grössten Oppositionspartei, Nationale Einheit der Hoffnung (UNE), sprach von der Notwendigkeit, die Abteilung für Delikte mit Bezug zu Wahlen des MP einzuladen, wie auch den Rechnungshof, die Oberste Wahlbehörde (TSE), die CICIG und den Verband der AnwältInnen und NotarInnen. Diesem Antrag wurde allgemein zugestimmt. Ebenfalls wurde ein Aufruf vereinbart, damit zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch RepräsentantInnen der politischen Parteien teilnehmen können. Laut Argueta werde ein erster Gesetzentwurf Mitte April vorgestellt.

Der Abgeordnete der Regierungspartei Front für Nationale Übereinstimmung (FCN-Nación), Estuardo Galdámez, erklärte, dass er nicht einverstanden sei mit dem Urteil des CC, da es nicht ausführe, welche Sektoren zur Beratung der Kommission eingeladen werden sollen. Es seien die Kongressabgeordneten, die über Gesetze entscheiden müssten. „Ich selbst habe grosses Interesse daran, gegen illegale Wahlkampffinanzierung vorzugehen“, rief er aus.

Am kommenden Dienstag und Mittwoch (20./21.03.) wird es für die Institutionen und Organisationen die Möglichkeit geben, sich zu dem Thema zu äussern. Manuel Conde bat seine KollegInnen, dass sie sich nicht auf jene Artikel des Strafrechts beschränken sollten, die das CC benannt hatte. „Das Gericht hat uns ermahnt, aber uns auch gebeten, nicht die Klarheit zu verlieren. Wir sind die GesetzgeberInnen und wir müssen das tun, was wir für angemessen halten, damit die Klassifizierung der Tatbestände und ihre Behandlung sowohl in ihrer strafrechtlicher wie in ihrer verwaltungstechnischer Bedeutung beachtet wird. Was ich damit sagen will: Wir sollten uns nicht in unserer Funktion als GesetzgeberInnen einschränken lassen.“

Sowohl der Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Rodolfo Castañón (FCN—Nación), als auch der Oppositionspolitiker Argueta stimmten darin über ein, dass auf der Grundlage des Urteils der CC gearbeitet werden solle. (La Hora)

## **BürgerInnen besetzen den Kongress und protestieren damit gegen einige Gesetze**

**Guatemala, 12. März** – Seit Samstag hat eine Gruppe von BürgerInnen den Kongress „besetzt“. Sie wollen damit ihre Ablehnung gegen eine Reihe von Gesetzesinitiativen kundtun, die in der gesetzgebenden Kammer vorangetrieben werden, insbesondere solche, die nach Ansicht der Protestierenden den Kampf gegen Korruption, für Transparenz und freie Meinungsäußerung zurückdrängen sollen. Am Montagmorgen harteten die Demonstrierenden noch immer vor dem Kongress aus.

Einer von ihnen ist Emmanuel Alarcón, der sich an das Eingangstor kettete und so die Einfahrt der Fahrzeuge der Abgeordneten zum Kongress verhinderte. Alarcón erklärte, dass die BürgerInnen es Leid seien, dass die Abgeordneten in ihrer Komfortzone sitzen und versuchen, Gesetze durchzubringen, die den Interessen der Bevölkerung widersprechen. Er habe die Proteste initiiert und ein paar MitstreiterInnen gefunden.

„Die Aktionsidee entstand nach den Reformen, die die Abgeordneten versucht hatten, durchzusetzen. Jene Reformen zu Ermittlungsverfahren sind ein Rückschritt, sie kehren die vorhandenen rechtsstaatlichen Erfolge um. Dies ist ein Aufruf an alle BürgerInnen, dass sie sich anschliessen, weil wir es nicht zulassen dürfen, dass die Gesetze nur für ihr eigenes Wohl machen“, sagte er weiter. Der Demonstrant werde so lange am Ort verbleiben, bis die Abgeordneten davon Abstand nähmen, Dekrete zu verabschieden, die nicht dem Kampf gegen Straffreiheit und Korruption dienen. Er lud andere Menschen dazu ein, sich an dem Protest zu beteiligen. „Wir haben die Schnauze voll von dieser Korruption. Genug!“ „Nein zu diesen falschen Gesetzen!“ „Nein zu diesem ätzenden Gesetz!“ - diese Parolen waren auf den Schildern der DemonstrantInnen geschrieben, die oberhalb der 8. Avenida und 10. Strasse in Zone 1 aufgespannt waren.

Der Protest richtet sich insbesondere gegen den Gesetzentwurf zu Ermittlungsverfahren, den der Abgeordnete Fernando Linares Beltranena eingebracht habe. Dieser sehe vor, dass nicht mehr der Oberste Gerichtshof (CSJ) die Immunität eines Abgeordneten aufheben könne, sondern ausschliesslich der Kongress selbst. Kritisiert wird auch das Gesetz gegen Terrorismus, welches nach Meinung der Protestierenden, aber auch anderer Gruppen, die über die Einhaltung des Rechts auf freie Meinungsäußerung wachen, versuche, Demonstrationen und Meinungsäußerungen gegen die politischen FunktionärInnen zu kriminalisieren. Und schliesslich wird auch der Versuch abgelehnt, eine Amnestie für Verbrechen während des bewaffneten Konfliktes durchzusetzen. (La Hora)

## **RichterInnen gegen Ermittlungen von MP und CICIG in eigenen Reihen**

**Guatemala, 13. März** – Der Zusammenschluss der RichterInnen und JustizbeamtenInnen des Appellationsgerichts veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der die Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse gegen RichterInnen zurückgewiesen werden und fordern, dass die Staatsanwaltschaft zukünftig „darauf verzichten“ solle, vor der Presse verhaftete Personen ohne gerichtliche Autorisierung zu präsentieren und Pressekonferenzen abzuhalten, in denen diese Fälle dargestellt werden.

Die Pressemitteilung wurde nur wenige Tage nach Bekanntwerden von Ermittlungsfällen gegen RichterInnen und JustizbeamtenInnen veröffentlicht, darunter den Fall von Eddy Giovanni Orellana und seinen mutmasslichen Beziehungen zum „Rey del Tenis“ im Fall „Parallele Berufungskommissionen“. In der Pressemitteilung wird die Ablehnung der Ermittlungen und Disziplinarverfahren gegen RichterInnen damit begründet, dass sich in diesen Verfahren ein Missfallen gegenüber Gerichtsurteilen zeige und dass dadurch ein inakzeptabler Druck auf die RichterInnen ausgeübt werde.

Diese Meldung hat eine heftige und kontroverse Diskussion in den sozialen Netzwerken der Zeitschrift La Hora ausgelöst. Während einige KommentatorInnen darin den Versuch sehen, eine Säuberung von korrupten RichterInnen zu verhindern, sehen andere in der Pressemitteilung eine Verteidigung des Rechtsstaates und des Justizwesens. (La Hora)

## **Educate! Die Kolumne von Domi Ortiz Matias: Eltern und die Bildung ihrer Kinder**

Am Montag einer jeden Woche finden sich die Kinder in der Klasse des Schulzentrums, in dem ich arbeite, zusammen. Die Schule ist klein. Wir haben nur drei LehrerInnen für die Primarstufe. Die Schule ist mehrgradig, das heisst ein/e LehrerIn muss zwei oder mehr Klassen unterrichten. Laut Bildungsministerium sollte ein/e LehrerIn als Minimum 25 und als Maximum 30 oder 40 SchülerInnen haben. Jede LehrerIn solle einen Schulplan haben für beide Klassenstufen, damit deren Unterrichtsstunden nicht (noch) komplizierter würden.

Na ja, die Realität sieht anders aus. Das kann ich aufgrund meiner Erfahrungen in der Schule sagen. Es ist wirklich schwierig, mit so vielen Kindern zu arbeiten, vor allem mit jenen im ersten Schuljahr, d.h. Kinder der ersten, zweiten und dritten Stufe. Ich arbeite mit der ersten Stufe, weil in diesem Jahr das Bildungsministerium ihre Priorität darauf gelegt hat, die Leistungen der Kinder jener Stufe zu verbessern.

Die erste Klasse ist da, wo die Basis gelegt wird, um Lesen und schreiben zu lernen und daher gibt es verschiedene Etappen (...). Da gibt es eine Unmenge an Aktivitäten, die wir mit den Kindern durchführen, aber das Ergebnis ist, dass das gesamte System (Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und Autoritäten) so ärmlich ausgestattet ist, dass ich nicht weiss, wie ich die Bildungsqualität unter diesen Bedingungen verbessern soll. Das ist echt nicht leicht.

Ich fange mal damit, dass es das notwendige didaktische Material nicht gibt, um die Bildungsziele zu erreichen. Es ist die Pflicht des Ministeriums, den Kindern solche Materialien zur Verfügung zu stellen, aber die Sachen kommen nicht, also gibt es auch nichts. In den vorherigen Jahren haben sie nützliches Schulmaterial erst zur Mitte oder gegen Ende des Schuljahrs geschickt.

Vor diesem Hintergrund kaufen die Eltern ihren Kindern mal ein oder zwei Hefte oder einen Bleistift. Aber ein noch grösseres Problem ist die mangelnde Mitwirkung der Eltern in der Bildung der Kinder, für die ich Verantwortung übernommen habe. Die Begleitung der Eltern geht echt gegen Null – dabei sollten sie ja eigentlich die ersten ErzieherInnen sein. Wenn ich mit einem Vater oder einer Mutter über irgendetwas spreche, was ein/e SchülerIn angestellt hat, ist deren Reaktion Apathie. Als ob sie fragen wollten: „Und was habe ich damit zu tun?“ Oder sie antworten einfach: „Na ja, so ist das Kind halt. Gehorcht halt nicht, es will halt nicht!“ Es ist wirklich selten, dass ein Elternteil sich Sorgen macht, wie ihr Kind in der Schule mitkommt. Vielleicht eher noch die Mutter, die noch etwas mehr an dem Kind hängt, aber für diese gibt es das Problem, dass viele selbst nicht lesen und schreiben können, weshalb sie (mit gewissem Recht) sagen kann, sie könne ihren Kindern in der Schule ja nicht helfen.

Aber für mich geht die Mitwirkung an der Bildung der Kinder noch viel weiter: es geht ja nicht nur ums Lesen oder das Füllen der Hefte mit Buchstaben oder sich an den Schreibtisch zu setzen oder was es sonst noch so im Klassenraum zu tun gibt. Es fehlt eine Unterstützung, ein Gespräch, die regelmässige Zuwendung – sowohl der Eltern wie der LehrerInnen als auch den Bildungsverwaltungen, um in der Bildung besser zu werden als in den vorherigen Jahren.

Um dem Problem der Abwesenheit der Eltern ein klein wenig beizukommen, habe ich versucht, Hausbesuche bei Familien zu machen und mit den Eltern über die Wichtigkeit gesprochen, jeden Tag die Fortschritte ihrer Kinder zu begleiten, dass die Bedürfnisse der Kinder erkennen sollen – das nach Nahrung, das nach Werten. Aber worauf Eltern auch achten sollten: das Befolgen von Anweisungen oder den Aufgaben im Unterricht, erst zu reden, wenn man an der Reihe ist, auf die Materialien aufzupassen, still zu sein, wenn dies geboten ist, das Eigentum der anderen zu achten, den Müll wegzubringen, Verantwortung für die Aufgaben, die man erhalten hat, zu übernehmen, pünktlich zu sein, respektvoll zu grüssen – all diese Untaten, die ich in meiner Schulklasse so vorfinde, na ja, die ich eigentlich überall in meinem Viertel vorfinde.

Aber ich bin noch immer engagiert bei dem, was mir zusagt und trotz all dieser Schwierigkeiten werde ich vorankommen. Gerade habe ich ein Grüppchen von SchülerInnen, die sehr aktiv sind. Die anderen machen nur Probleme – aber nun – das strahlt aus deren Familien herein ...

## ¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### Redaktion:

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

### Jetzt auch auf Facebook: [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

### Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

### Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6